



Volksbegehren
für gute Schulen
Bildung . Chancen . Perspektiven

Pressemitteilung

Rückenwind für das Volksbegehren für gute Schulen

Initiatoren: Der freie Elternwille muss weiter zählen

Hannover, 03. 12. 09. Wird nun an ihm gerüttelt, oder ist er tatsächlich unantastbar? Und hält das prompte Bekenntnis der Kultusministerin zum freien Elternwillen, was es verspricht? Diese Fragen stellen sich zurzeit viele Eltern in Niedersachsen, nachdem die Liberalen auf ihrem Wilhelmshavener Parteitag am Wochenende die Entscheidung von Eltern für eine weiterführende Schule für ihr Kind zur Disposition gestellt haben.

Die Initiatoren des Volksbegehrens für gute Schulen, das am 13. November in ganz Niedersachsen an den Start gegangen ist, sind überzeugt davon, dass der Vorstoß der Liberalen ihrer Initiative deutlichen Rückenwind verschaffen wird: „Einmal mehr müssen Eltern jetzt fürchten, dass ihr Kind in seiner Schullaufbahn viel zu früh ‚aussortiert‘ wird“, sagt Ute Janus, Initiatorin aus Hannover. „Das Volksbegehren setzt Schwerpunkte, die das verhindern können: genug Zeit bis zum Abitur gerade für die Schüler, die keinen Schnellstart hinlegen können, erleichterte Gründung von Gesamtschulen, in denen eben nicht aussortiert wird, die Vermittlung einer tragfähigen Basis in pädagogisch gut ausgestatteten Grundschulen.“

Frank Uhrhammer, Initiator des Volksbegehrens aus Visselhövede, ist zudem skeptisch, ob die klare Distanzierung von Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann vom bildungspolitischen Schwenk der FDP Bestand hat. Am Wochenende zitierte die Rotenburger Rundschau die CDU-Kommunalpolitikerin Katharina Merklein aus Sittensen mit einer befremdlichen Aussage: Sie teile die Ansicht von Kultusministerin Heister-Neumann, die diese erst kürzlich auf der Landesdelegiertentagung der Frauen-Union in Hannover geäußert habe. „Ich finde es richtig, dass in Hannover jetzt darüber nachgedacht wird, den Elternwillen bei der Schulwahl zu beschränken“, zitiert die Rundschau Merklein.

Sehr schnell haben Niedersachsens Eltern den neuen Kurs der FDP in der Bildungspolitik als das entlarvt, was er tatsächlich ist: Ein Rettungsanker für die Hauptschulen im Land, die aus vielerlei Gründen seit Jahren ausbluten. „Was mich besonders ärgerlich macht ist die Feststellung, dass wieder einmal das angebliche Wohl der Kinder erhalten muss, um politisch motivierte Ziele durchzusetzen“, kritisiert etwa Susanne Wöbbekind vom Stadtelternrat Langenhagen. „Niemand kann uns Eltern ausreden, dass wir unsere eigenen Kinder am allerbesten kennen.“

Zum Hintergrund: Seit dem 13. November läuft das Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen; in dieser Zeit wurden bereits 23.000 angeforderte Unterschriftenbögen in alle Landesteile versendet. In dieser Woche beginnen auch die lokalen Meldeämter mit der Prüfung der eingereichten Unterschriften.